

Am 08.05.2022 findet parallel zur Landtagswahl ein Bürgerentscheid zu nachstehender Frage statt:

„Sind Sie dafür, dass das Gebiet „Holzvogtland“ in Reinbek zwischen den Stadtteilen Prahlsdorf und Schönningstedt,

- im Süden begrenzt durch die nördliche Bebauung Fontanestraße (Bebauungsplan 31), Schützenstraße und Scholtzstraße,
- im Osten begrenzt durch die Schönningstedter Straße,
- im Norden begrenzt durch das Nahversorgungszentrum Reinbek (Bebauungsplan 47), die Hofstelle Dusenschön und die Sachsenwaldstraße,
- im Westen begrenzt durch die Bebauungspläne 50, 102 und 16,

von Bebauung freigehalten wird und die Stadt Reinbek sämtliche Bebauungsplanungen für das Gebiet unterlässt?“

§ 16g (6) der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein (GO) sieht vor, dass den Bürgerinnen und Bürgern vor Durchführung des Bürgerentscheids die Standpunkte und Begründungen der Vertretungsberechtigten des Bürgerbegehrens und der Stadtverordnetenversammlung schriftlich darzulegen sind.

Standpunkte und Begründungen der Vertretungsberechtigten des Bürgerbegehrens	Standpunkte und Begründungen der Stadtverordnetenversammlung
<p>Liebe Reinbekerinnen und Reinbeker, wir haben in sehr kurzer Zeit die erforderlichen Unterschriften für einen Bürgerentscheid zum Erhalt des Holzvogtlandes gesammelt. Ein Zeichen, dass dieses Thema viele Reinbekerinnen und Reinbeker bewegt.</p> <p>Die nachfolgenden Themenblöcke sollen Ihnen unsere Sichtweise erklären und Sie bestärken, die Frage zum Bürgerentscheid mit „JA“ zu beantworten.</p> <p>Bürgerentscheid als Auftakt gelebter Demokratie Im Juni 2021 lehnten die Reinbeker Stadtverordneten einen Bürgerentscheid über die Zukunft des Holzvogtlandes mit großer Mehrheit ab. Wenn es jetzt doch zu einem Bürgerentscheid kommt, so ist es darauf zurückzuführen, dass über 3.100 Bürgerinnen und Bürger dies durch ein erfolgreiches Bürgerbegehren erzwungen haben. Wir begrüßen ausdrücklich, dass Fragen von grundsätzlicher Bedeutung für unsere Stadt generell nicht nur von einigen wenigen Stadtverordneten, sondern von den Bürgerinnen und Bürgern auf der Grundlage einer breiten, intensiven öffentlichen Debatte entschieden werden. Auch erwarten wir, dass die Politik ein derartiges Votum über die Geltungszeit hinaus respektieren. Die jetzt von den Parteien geäußerte Zustimmung ist nur dann glaubwürdig, wenn auch künftige Grundsatzentscheidungen über die Entwicklung unserer Stadt unter breiter Beteiligung aller Reinbekerinnen und Reinbeker getroffen werden.</p> <p>Neubaugebiete - eine Lösung für „bezahlbaren Wohnraum“? Immer wieder ist in der politischen Diskussion in Reinbek zu hören: „Wir brauchen bezahlbaren Wohnraum.“ Jeder hat hierfür eine eigene Definition. Wenn also Politiker oder Investoren davon sprechen,</p>	<p>Zur Durchführung eines Bürgerentscheids zu o.g. Frage bekennen sich alle Fraktionen gleichermaßen. Ob die Abstimmung zur Frage mit einem „Ja“ oder mit einem „Nein“ im Rahmen des Bürgerentscheids erfolgen sollte, wird unterschiedlich bewertet.</p> <p>Für ein „Ja“ zur Fragestellung appellieren die Fraktionen Bündnis90/Die Grünen und FDP</p> <p>Die <u>Fraktion Bündnis90/Grüne</u> verweist darauf, dass die Reinbeker*innen mit weit über 3000 Unterschriften den Weg für einen Bürgerentscheid geebnet haben. Im konkreten Fall kann darüber abgestimmt werden, ob eine Bebauung der landwirtschaftlichen Flächen zwischen den Stadtteilen Schönningstedt und Prahlsdorf ausgeschlossen werden soll. Obwohl es keine konkreten Beschlüsse zur Bebauung des Holzvogtlandes gibt, ist die Reaktion der Bürgerschaft angesichts der sich bereits im Vorfeld abzeichnenden Entwicklung verständlich. Die GRÜNEN stehen stets dafür, die Grünzonen zwischen den Stadtteilen zu erhalten und Flächenversiegelung möglichst zu vermeiden. Die GRÜNEN wollten neue Wege hinsichtlich der Vergabe von Baurecht gehen und die hohe Wertschöpfung zumindest in angemessenen Teilen auch der Allgemeinheit zu Gute kommen lassen. Das ist mit dem Eigentümer und Investor nicht gelungen, weshalb dieses Projekt aus unserer Sicht gescheitert ist. Insofern begrüßen wir die Durchführung des Bürgerentscheides und hoffen so, eine verfehlte und ausschließlich auf Investoreninteressen abgestellte Stadtentwicklungspolitik abwenden zu können. Es ist uns wichtig, Reinbek als Stadt im Grünen mit seinen Merkmalen sowie seiner Stadtstruktur zu erhalten. Zweifelsfrei besteht Bedarf für</p>

„bezahlbaren Wohnraum“ schaffen zu wollen, so muss sich deren Vorhaben nicht mit Ihren Erwartungen decken.

Auch die BI Holzvogtland stellt nicht in Abrede, dass in Reinbek mehr öffentlich geförderter Wohnraum und Wohnraum für Menschen mit geringem Einkommen geschaffen werden muss.

Ein Neubaugebiet auf der grünen Wiese ist hierfür jedoch aus zwei Gründen der falsche Weg. Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, dass die Reinbeker Politik die Bedarfe mittels Neubaugebieten nicht deckt.

1. Reinbek hat sich gemäß der „Leitlinie Strategie Wohnen“ des Mittelzentrums verpflichtet, bei jeder Ausweisung von Wohnbauflächen einen Anteil von 30% öffentlich geförderter Wohnungen vorzusehen. Dieser Verpflichtung ist die Reinbeker Politik jedoch bei keinem der letzten Neubaugebiete nachgekommen. Beispielhaft wird dies für das Gebiet „Schröders Koppel“ deutlich:

Projekt	IST-ZUSTAND			SOLL-ZUSTAND	Diskrepanz
	Anzahl Wohnungen gesamt (absolut)	davon öffentlich gefördert (absolut)	öffentl. geförderte Wohneinheiten in %	30% öffentlich geförderte Wohneinheiten wären:	
Schröders Koppel	235	30	13%	70	40

Quelle: Hamburger Abendblatt

2. Die Erfahrungen mit den Neubaugebieten der letzten Jahre zeigen, dass der neu geschaffene Wohnraum im Wesentlichen zuziehenden Neubürgern zugutekommt, nicht – wie immer wieder behauptet - den Reinbekern, die günstigen Wohnraum suchen:

	aktuell gemeldete Personen	davon durch Umzüge innerhalb Reinbeks in %	davon durch Umzüge von außerhalb nach Reinbek in %
Haferkamp	123	33,3%	66,7%
Fontanestraße	201	33,5%	66,5%
Schröders Koppel	429	26,2%	73,8%

Quelle: Amt für Bürgerangelegenheiten, Stadt Reinbek, Stand: November 2020

Dem Versprechen, „bezahlbaren Wohnraum“ für Reinbeker zu schaffen, wird durch Neubaugebiete nur bedingt entsprochen.

Stadtentwicklungskonzept erforderlich!

Deutlich wird: Reinbek muss selbst definieren, wohin es sich entwickeln will.

Wieviel Wachstum möchte/verkräftet Reinbek noch? Welche Wohnraumbedarfe gibt es in der Reinbeker Bevölkerung? Wie kann man diese Bedarfe erfüllen?

Hierfür benötigt Reinbek ein integriertes Stadtentwicklungskonzept. Die Erfahrungen lehren, ein investorengetriebenes Bauen löst die Probleme nicht!

Wohnungsbau, insbesondere für Einkommensschwache. Wir arbeiten daran, diesbezüglich alsbald zu Lösungen zu kommen.

Die FDP-Fraktion begrüßt es ausdrücklich, dass nun Reinbeks Bürger aufgerufen sind, über einen entscheidenden Punkt der Reinbeker Stadtentwicklung zu entscheiden. Im aktuell gültigen Stadtleitbild der Stadt Reinbek finden sich folgende grundsätzliche Aussagen zur Siedlungsstruktur: „Die Siedlungsstruktur mit durch Grünachsen gegliederten Stadtteilen ist ein Merkmal Reinbeks. Die Stadtentwicklung fand sich durch diese Struktur vielfach in einem Zwiespalt: Stadtteile betonen oder eine geschlossene Besiedlung entwickeln? Das Leitbild bezieht eine klare Position und gibt einen verlässlichen Zielkorridor vor: Reinbeks Charme, Eigenart und Stadtstruktur besteht in einer Stadtteilstruktur mit viel Freiraum und das soll auch so bleiben!“ Durch eine Bebauung des Holzvogtlandes wird dieser Zielkorridor verlassen. Eine großflächige Bebauung des Holzvogtlandes hätte neben den gravierenden Auswirkungen im Bereich Umwelt- und Klimaschutz zahlreiche weitere Nachteile zur Folge. Die Verkehrssituation und die Knappheit an Kinderbetreuungs- und Schulplätzen würde sich weiter verschärfen. Preiswerter geförderter Wohnraum und Wohnraum mit städtischem Belegungsrecht lässt sich ohne eine Bebauung des Holzvogtlandes auf vielfältige Weise in Reinbek schaffen. Insbesondere der bereits vorhandene Wohnraum stellt dabei ein bisher nicht genutztes Potential dar. Wir bitten daher die Wahlberechtigten beim Bürgerentscheid Holzvogtland mit „Ja“ für den Erhalt der Fläche zu stimmen.

Für ein „Nein“ zur Fragestellung appellieren die Fraktionen CDU, Forum21 und SPD

Die CDU-Fraktion bekennt sich klar zu dem Ziel, dringend benötigten Wohnraum in Reinbek zu schaffen. Dieser Wohnraum soll sich nicht nur auf einzelne Gruppen beschränken, sondern sich sowohl an junge Familien mit dem Wunsch des selbstgenutzten Wohneigentums richten, an diejenigen, die einen Anspruch auf geförderten Wohnraum haben, und an ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger, die eine kleine und barrierefreie Wohnung suchen. Das kürzlich vorgestellte „Wohnungsmarkt-Monitoring für eine zukunftsfähige Entwicklung des Wohnraumangebotes im Mittelzentrum Reinbek/Glinde/ Wentorf“ hat den aktuellen und zukünftigen Bedarf datenbasiert aufgezeigt. Eine Deckung des aufgezeigten Bedarfs allein mit den Mitteln der Nachverdichtung zu decken, wird nicht gelingen, gerade wenn es darum geht, innovative Wohnformen zu realisieren und mögliche Flächen sinnvoll und nachhaltig zu gliedern und mit

Wohnungsmarkt-Monitoring aussagekräftig?

Wenn als Begründung für massiven Wohnungsbaubedarf das Wohnungsmarkt-Monitoring des GEWOS-Instituts angeführt wird, welches sich auf einen Prognosezeitraum bis zum Jahre 2035 bezieht, ist anzumerken, dass GEWOS Teil eines der größten deutschen Stadtentwicklungsunternehmen (DSK BIG) ist.

Großsiedlung auf dem Holzvogtland überfordert Reinbeker Kita- und Schullandschaft

Die Errichtung einer Großsiedlung auf dem Holzvogtland würde Reinbeks soziale Infrastruktur massiv belasten. Bereits jetzt arbeiten Reinbeks Bildungseinrichtungen räumlich am Limit. Für die etwa 1.500 Kinder im Kindergartenalter stehen nur 1.150 Betreuungsplätze zur Verfügung; allein bei den Kindern unter drei Jahren fehlen derzeit 61 Betreuungsplätze. Die Grundschule Schönningstedt, erst vor zwei Jahren aufwendig erweitert, muss bereits wieder angebaut werden, um zum Schuljahr 2022/23 zusätzliche Kinder aufnehmen zu können. Auch an den anderen Grundschulen ist die Lage angespannt. Das neue Schulzentrum stößt schon jetzt an seine Kapazitätsgrenzen. Die Sachsenwaldschule leidet seit Jahren unter Raumangel und wird, um die Rückkehr zum 9-jährigen Bildungsgang räumlich bewältigen zu können, das VHS-Gebäude übernehmen. Abgesehen von den hohen Kosten, die der Stadt bei Neubauten entstehen würden, bleibt unklar, woher die benötigten pädagogischen Kräfte kommen sollen.

Großsiedlung auf dem Holzvogtland überfordert Verkehrsinfrastruktur

In Reinbek gibt es 13.374 Wohneinheiten (Statistikamt Nord) und laut Kraftfahrtbundesamt 16.078 privat genutzte Personenkraftwagen. Dies entspricht statistisch 1,2 PKW pro Haushalt.

Es ist also davon auszugehen, dass sich dieser Trend bei einer Bebauung im Holzvogtland fortsetzt und die Verkehrsinfrastruktur zusätzlich belastet wird, unabhängig von der Antriebsart der PKW.

Zu erwarten ist, dass in das Wohngebiet überwiegend jüngere Berufstätige einziehen würden, die in der Regel über ein eigenes Kraftfahrzeug verfügen. Der Fahrzeugbestand wird sich also vermutlich deutlich erhöhen.

Die Schönningstedter Straße ist eine zentrale Verkehrsader der Stadt. Insbesondere in den Kreuzungsbereichen Wohltorfer Straße und Sachsenwaldstraße ist in Folge einer Bebauung mit einem deutlich erhöhten Verkehrsaufkommen und zusätzlichen Staus mit Belastungen für Verkehrsteilnehmer, Anwohner und Rettungsdienste zu rechnen.

entsprechender Infrastruktur zu versehen. Als CDU-Fraktion haben wir uns zu dem Grundsatzbeschluss bekannt, der den Großteil des Holzvogtlandes von einer Bebauung freihält. Dennoch ist die von dem Grundsatzbeschluss bewusst ausgenommene Fläche Kampsredder eine mögliche Potentialfläche zur Ausweisung von Wohnbebauung und der Realisierung von wohnortnaher Versorgung. Die Fragestellung des Bürgerentscheids schließt jedwede Bebauung des gesamten Holzvogtlandes kategorisch aus und nimmt jeder ergebnisoffenen Diskussion den Raum. Wir werben dafür, dass Sie am 08. Mai 2022 beim Bürgerentscheid Holzvogtland mit „Nein“ stimmen, um danach in eine ergebnisoffene und konstruktive Diskussion treten zu können.

Die Fraktion Forum21 sieht in der Überplanung des „Holzvogtlandes“ eine große städtebauliche Chance zur Schaffung der dringend benötigten Wohnungen im Bereich des sozialen Wohnungsbaus. Diese Fläche ist Teilbereich der landesplanerisch festgestellten „Siedlungsachse“. Gemäß des Regionalplans hat die Stadt Reinbek wohnbauliche und gewerbebauliche Siedlungsgebiete innerhalb der Siedlungsachse zu realisieren. Außerdem sind die Flächen des „Holzvogtlandes“ im Landschaftsplan Reinbek u.a. für Wohnbebauung und im Stadtleitbild als Entwicklungs- und Zukunftsoption vorgesehen. Seit vielen Jahren fehlen in Reinbek Wohnungen zu einem für breite Bevölkerungskreise erschwinglichem Mietpreis. Vor allem Menschen mit mittleren und niedrigem Einkommen fällt es zunehmend schwer, ein bezahlbares Zuhause in Reinbek zu finden. Der Bedarf für Wohnraum im Mittelzentrum und in Reinbek wurde zuletzt auch in einem Bericht über das Wohnungsmarkt-Monitoring nachgewiesen. Daher befürwortet Forum21 die Errichtung von Wohnbausiedlungen auf Flächen im „Holzvogtland“, die vorrangig als Mietwohnungen und weitestgehend mit öffentlicher Förderung zu errichten sind. Hierfür ist eine integrierte Gesamtplanung durchzuführen, die die unterschiedlichen Ansprüche (Verkehr, Grünflächen, Zuordnung der Bauflächen usw.) darstellt. Wir unterstützen die Durchführung des Bürgerentscheids, zeitlich parallel mit der Wahl zum 20. Landtag von Schleswig-Holstein am 8. Mai 2022 und bitten die Wahlberechtigten im Sinne einer konstruktiven Wohnbauplanung für Reinbek beim „Bürgerentscheid Holzvogtland“ mit „Nein“ zu stimmen.

Die SPD-Fraktion begrüßt den Bürgerentscheid, spricht sich aber klar gegen eine grundsätzliche Freihaltung der gesamten Fläche Holzvogtland aus. In unserer Stadt fehlt es schon heute an Wohnraum und das nicht nur im geförderten Bereich. Um neuen Wohnraum zu schaffen brauchen wir Entwicklungsfelder. Eine dieser Flächen ist das Holzvogtland.

Das Holzvogtland – unverzichtbar für den Umwelt- und Klimaschutz in Reinbek

Das Holzvogtland erfüllt wichtige Funktionen für den Umwelt- und Klimaschutz, von denen alle Einwohner Reinbeks unmittelbar profitieren. Insbesondere für ein ausgeglichenes Mikroklima ist das Holzvogtland durch die Abmilderung von Extremwetterereignissen wie Hitzewellen, Sturm und Starkregen bedeutsam. Die Freiflächen haben insbesondere folgende wichtige Funktionen:

- Sie dienen als Versickerungsflächen bei Starkregen. (Kräftige Gewitter mit Starkregen hat es in Reinbek in den letzten Jahren zunehmend gegeben)
- Die Flächen bieten Lebensraum für eine Vielzahl von Pflanzen und Tieren, ermöglichen die artentypischen Wanderungen sowie die Vernetzung benachbarter Biotope.
- Unversiegelte Böden binden die Treibhausgase Kohlendioxid, Methan und Lachgas.
- Unversiegelte Böden speichern Wasser. Ein ausgeglichener Bodenwasserhaushalt sorgt durch Verdunstung auch für Kühlung der Umgebung.
- Das Holzvogtland ist von Knicks durchzogen, die als Lebensraum und Nahrungsquelle gerade für heimische Insekten und Vögel besonders wichtig sind.
- Die Ressource Boden ist auch in Reinbek begrenzt und nicht vermehrbar. Ein behutsamer und sparsamer Umgang ist zwingend erforderlich, auch um das landesweite Ziel der Begrenzung des Flächenverbrauchs auf 1,3ha/Tag zu unterstützen.

Reinbek – statt im Grünen?

Reinbek wirbt für sich mit dem Slogan „Reinbek – die Stadt im Grünen“. Und fragt man die Reinbekerinnen und Reinbeker, was aus ihrer Sicht die Lebensqualität unserer Stadt ausmacht, dann wird sehr schnell auf die zahlreichen Grün- und Ackerflächen verwiesen, die das Reinbeker Landschaftsbild bestimmen. Prägend für Reinbek sind die ausgedehnten Freiflächen zwischen den sechs Stadtteilen, die zu Spaziergängen und zum Radfahren einladen. Eine Großsiedlung auf dem Holzvogtland mit bis zu fünfstöckigen Wohnblöcken – so eine aktuelle Planung – würde den Charakter Reinbeks grundsätzlich verändern. Nicht nur würden Grün- und Ackerflächen durch Asphalt und Beton ersetzt, auch ginge der zwischen den Stadtteilen Prahlsdorf und Schönningstedt liegende Naturraum unwiederbringlich verloren. Wer Reinbeks Charakter als beschauliche Stadt im Grünen und damit die Lebensqualität unserer Stadt bewahren möchte, muss für den Erhalt des Holzvogtlands als Freifläche eintreten und am 08.Mai 2022 mit „JA“ stimmen.

Neue Fläche zu entwickeln heißt nicht, diese komplett zu bebauen. Wie aber kann ein teilweise bebautes Holzvogtland einen Mehrwert bieten? Zunächst ist schon ein vielfältiges Wohnraumangebot eine Bereicherung für uns alle. Es braucht verschiedene Wohnungsarten für verschiedene Lebensabschnitte. Kleine Wohnungen oder Wohnungen für Senioren werden auch von Reinbekerinnen und Reinbekern gesucht. Auch für hiesige Unternehmen ist die Verfügbarkeit von Wohnraum ein wichtiger Standortfaktor. Im Holzvogtland haben wir außerdem die Möglichkeit, Wohnraum nach den neuesten ökologischen Standards zu errichten und gleichzeitig den nicht bebauten Teil der Fläche zu Natur mit Mehrwert zu entwickeln. Derzeit nutzt die Öffentlichkeit nur die Feldwege als Verbindung zwischen den Stadtteilen – wie schön wäre es, wenn wir dort auch Grünflächen hätten, die zum Verweilen einladen? Das Holzvogtland bietet viele Möglichkeiten für Reinbekerinnen und Reinbeker, sowohl für die, die es schon sind, als auch für die, die es noch werden wollen. Dieses Potenzial können wir aber nur nutzen, wenn die Fläche weiterhin für Planungen zur Verfügung steht. Stimmen Sie beim Bürgerentscheid bitte mit „Nein“, damit Reinbek seinen Zukunftsaufgaben gerecht werden kann.

Standpunkt des fraktionslosen Stadtverordneten

Klaus-Peter Puls: Ich habe dem Beschluss, zur Fragestellung des Bürgerbegehrens einen Bürgerentscheid durchzuführen, nicht zugestimmt. Ein Bürgerentscheid ist nur für zwei Jahre verbindlich. Ich halte es für sachgerechter und sinnvoller, über die Bebauung oder Nichtbebauung städtischer Teilflächen in den städtischen Gremien zu beraten und zu entscheiden. In einem Bürgerentscheid mit der Schwarz-Weiß-Fragestellung „Ja oder Nein“ ist eine differenzierte Abwägung der öffentlichen und privaten Interessen nicht möglich. Die von mir befürwortete, aber von keiner Fraktion unterstützte Übernahme des Anliegens der Bürgerinitiative durch einfachen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung hätte zwar dieselbe – nur zweijährige – Wirkung wie ein Bürgerentscheid gehabt, wäre aber mit erheblich weniger Kosten und Arbeitsaufwand nicht nur für die Verwaltung, sondern auch für die Bürgerinitiative verbunden gewesen.